Niederschrift

über die 9. Gemeinderatssitzung, am Dienstag, den 13. Dezember 2022, im Sitzungssaal der Gemeinde Kirchberg in Tirol.

Anwesende: Bgm. Berger Helmut als Vorsitzender
Vzbgm. Eisenmann Josef
Vzbgm. Ing. Pichler Manuel
GV Aschaber Martin
GR Dick Roman
GR Filzer Maria Theresa
GR Golser-Schipflinger Rosalinde
GR Dr. Gründhammer-Ehrensberger Michaela
GR LA Hagsteiner Claudia
GR Haller Wolfgang
GR Ing. Heim Franz
GR Lindner Martina
GR Ing. Schipflinger Andreas
GR Schroll Kaspar
GR Schwaiger Andreas
GV Schweiger Peter
EGR Jöchel Christina für GR Huter Florian

Amtsleiter: Mag. Nagiller David
Weiters anwesend: VB Thaler Anton

Schriftführerin: VB Staffner Katrin

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:00 Uhr

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die 8. Gemeinderatssitzung
2. Beschluss einer Kinderbetreuungstarifverordnung
3. Beschluss einer Hundesteuerverordnung
4. Beschluss einer Parkgebührenverordnung
5. Antrag des Ausschusses für Tourismus und Wirtschaft:
Erhöhung des Werbezuschusses für die Kaufmannschaft
6. Raumordnungsangelegenheiten:
 - a. Raumordnungsvertrag Högler Peter und Erlassungsbeschluss Flächenwidmung
 - b. Ergänzung zum Raumordnungsvertrag Lechner Monika – Aufnahme Lechner Selina
 - c. Kitz Home Wohnbau GmbH und Hechenberger Andreas, Bebauungsplan für Gp. 1374/3 und eine Teilfläche der Gp. 1244/1
 - d. Hechenberger Andreas, Änderung Flächenwidmung für Teilflächen der Gpn. 1241/1 und 1241/3
 - e. Ing. Hörbiger Simon und Aschaber Anna, Änderung Flächenwidmung für eine Teilfläche der Gp. 4006/1

- f. Mitterer Josef Ernst Karl Adam, Haller Maria Magdalena und Haller Ewald, Änderung Flächenwidmung für Gp. 317/2 und Teilflächen der Gpn. 189 und 317/7
7. Anfragebeantwortung – Anfrage des Mandatars der NEOS an den Gemeindevorstand vom 16.11.2022
8. Berichte und Anträge aus den Ausschüssen
9. Beschluss des Haushaltsvoranschlages 2023 samt allfälliger Gebühren- und Abgabenerhöhungen sowie der Wertgrenze, ab welcher Abweichungen bei Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsabschluss 2022 einer gesonderten Erläuterung bedürfen
10. Personalangelegenheiten
 - a. Senkung der Dienstgeberbeiträge für die Jahre 2023 und 2024
 - b. Fortsetzungsbeschluss Sitzungsgelder für Ausschussmitglieder
11. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bgm. Berger begrüßt alle anwesenden Gemeinderatsmitglieder, den Amtsleiter Mag. Nagiller, VB Thaler Anton sowie die interessierten Zuhörer und Zuhörerinnen und eröffnet die 9. Gemeinderatssitzung. Im Anschluss daran wird EGR Jöchli Christina als Ersatzgemeinderätin gemäß § 28 TGO 2001, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 161/2021, angelobt.

1. Genehmigung der Niederschrift über die 8. Gemeinderatssitzung:

GR Haller bittet um Ergänzung der genauen Wortmeldung von GV Aschaber zu Tagesordnungspunkt 5.a) „Sitzungsgeld für Zuhörerinnen/Zuhörer gemeinderätlicher Ausschüsse“. GV Aschaber möchte umgekehrt die Aussage von GR Haller hinsichtlich der Kooptierung von Mitgliedern in Ausschüsse wiedergegeben haben.

Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Ergänzung werden die Niederschrift über die 8. Gemeinderatssitzung sowie die gesonderte Niederschrift über die 8. Gemeinderatssitzung einstimmig zur Kenntnis genommen und unterfertigt.

2. Beschluss einer Kinderbetreuungstarifverordnung:

Bgm. Berger informiert, dass Entgelte und Gebühren, welche von der Gemeinde eingehoben werden, nicht nur im Rahmen des Haushaltsvoranschlages, sondern auch auf dem Verordnungswege zu beschließen und ordnungsgemäß kundzumachen sind. In diesem Zusammenhang wird amtlicherseits eine aktualisierte Fassung der Kinderbetreuungstarifverordnung vorgelegt. Eine Erhöhung der Gebühren ist dabei nicht beabsichtigt, wohl aber eine Anpassung des Kostenbeitrags für den Mittagstisch, der einheitlich für alle Betreuungsformen vorgeschrieben wird und nunmehr mit € 4,20 brutto pro bezogene Mahlzeit festgelegt werden soll. Diese Anpassung erfolgt in Reaktion auf Preisanpassungen bei anderen Einrichtungen, so auch bei der Senecura. Die Elternbeiträge für den Kindergarten werden nur insofern neu festgelegt, weil der Kostenbeitrag für das Mittagessen in der ganztägigen Betreuungsform herausgerechnet wurde.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig aufgrund des §§ 39 und 40 des Gesetzes vom 30.06.2010 über die Kinderbetreuung in Tirol, StF: LGBl. Nr. 48/2010, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 64/2022, die als Anlage beigefügte Tarifordnung für die Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen.

3. Beschluss einer Hundesteuerverordnung:

Bgm. Berger trägt die Amtsvorlage zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt wie folgt vor: Die Hundesteuer in Kirchberg in Tirol beträgt derzeit für den 1. Hund € 75,--/Jahr, für jeden weiteren Hund sind € 160,-- pro Jahr zu entrichten. Ermäßigte Tarife bestehen für Hofhunde (€ 35,--/Jahr) und Wachhunde (€ 7,--/Jahr). Die Hundesteuer ist einmal jährlich zu entrichten.

Zudem wird für eine Reihe von Hunden Steuerfreiheit gewährt:

- Hunde des Polizeidienstes und Diensthunde von Organen der öffentlichen Aufsicht
- Diensthunde von Forstbeamten in der für die Durchführung des Forstschutzes erforderlichen Anzahl, sowie Diensthunde derjenigen im Privatforstdienst angestellten Personen, die gerichtlich beeidigt sind oder deren Anstellung von der zuständigen Behörde bestätigt ist, ebenfalls in der für die Durchführung des Forstschutzes erforderlichen Anzahl
- Diensthunde der Berufsjäger und Jagdaufseher, die zur Ausübung dieser Tätigkeit gehalten werden. Der Nachweis der erfolgreich abgelegten Berufsjägerprüfung bzw. eine Bestätigung der Bestellung zum Jagdaufseher durch die Bezirksverwaltungsbehörde ist über Verlangen vorzulegen.
- Sanitäts- und Lawinensuchhunde im Dienst des Österreichischen Roten Kreuzes oder des Bergrettungsdienstes
- Assistenz- und Therapiehunde im Sinne des § 39a des Bundesbehindertengesetzes, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/2018

Im Hinblick auf die Neufassung einer Hundesteuerverordnung sieht der erstellte Verordnungsentwurf für die Gemeinde Kirchberg in Tirol vor, dass die bisherige Höhe der Tarife unverändert bleiben soll. Ebenfalls sollen die bisher von der Steuer befreiten Hundarten weiterhin von der Steuer befreit bleiben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig aufgrund des § 17 Abs. 3 Z. 2 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/2022, sowie des § 1 Abs. 1 des Tiroler Hundesteuergesetzes, LGBl. Nr. 03/1980, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 26/2017, die als Anlage beigefügte Hundesteuerverordnung.

4. Beschluss einer Parkgebührenverordnung:

Die Parteien MFG, NEOS und FPÖ haben hierzu einen Dringlichkeits- bzw. Abänderungsantrag eingebracht, diesen jedoch zurückgezogen. Auf Grund § 2 Abs. 1, § 5 Abs. 2 und 3 und §§ 6 und 9 Abs. 1 Tiroler Parkabgabegesetz 2006, LGBl. Nr. 9/2006, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 59/2020 sowie § 17 Abs. 3 Z. 5 FAG 2017, BGBl. I Nr. 116/2016, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/2022, beschließt der Gemeinderat einstimmig die als Anlage beigefügte Verordnung der Gemeinde Kirchberg über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen sowie die Tarife der örtlichen Straßenpolizei.

5. Antrag des Ausschusses für Tourismus und Wirtschaft:

a) Erhöhung des Werbezuschusses für die Kaufmannschaft:

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist von den Parteien NEOS, MFG und FPÖ folgender Dringlichkeits- bzw. Abänderungsantrag eingelangt: „VERTAGUNG des TO Punkt 5: „Erhöhung des Werbezuschusses für die Kaufmannschaft“. Begründung: Dieser Antrag wurde in der GR-Novembersitzung eingebracht und von der Tagesordnung genommen, da der Bürgermeister noch in Erfahrung bringen wollte, mit welchen Beiträgen andere beteiligte Gemeinden und Tourismusverbände die Kaufmannschaft Kirchberg-Reith unterstützen. Hierzu liegt MFG, NEOS und FPÖ bisher noch keine Auskunft vor. Beantragt wurde die Erhöhung des bisher gewährten Werbezuschusses von jährlich € 6500,-- auf jährlich € 7.500,--. Dies entspricht einer Erhöhung von rund 15%. Wir fordern Einsicht betreffend Vereinsfinanzierung sprich Einnahmen/ Ausgaben-rechnung zu erhalten sowie Prüfung des Ausschusses Tourismus und Wirtschaft, ob alle alternativen Förder- und Finanzierungs- Möglichkeiten für den Verein Kaufmannschaft bisher ausgeschöpft wurden? Inwiefern wurden die gestiegenen Kosten des Brixentaler Infoblatts (Druck und Porto) an die Vereinsmitglieder weiterverrechnet? Welche Kosten sind für die Brixentaler Lehrlings- und Fachkräftemesse angefallen? Die Gemeinde unterstützt gerne Kirchberger Vereine, jedoch ist die Gemeinde nicht dafür zuständig, einen Großteil der Werbekosten der Kaufmannschaft zu übernehmen – dies auch im Hinblick auf die übrigen Gewerbetreibenden und Wirtschaftsbetriebe in Kirchberg, die keine Zuschüsse für Werbung seitens der Gemeinde erhalten. Da für die Gemeinde selbst angesichts der finanziellen Herausforderungen der kommenden Jahre einige Sparmaßnahmen leider unumgänglich sind ersuchen wir höflich, auch in den Vereinen gewisse Einsparungsmöglichkeiten zu prüfen.“

Bgm. Berger informiert, dass mit Schreiben vom Oktober 2022 die Kaufmannschaft Kirchberg-Reith, vertreten durch Obfrau Schweiger Sabrina, eine Erhöhung des bereits bisher gewährten Werbezuschusses von € 6.500,-- p.a. auf € 7.500,-- p.a. beantragte. Begründet wird das Ansuchen mit einer kontinuierlichen Erweiterung und Entwicklung des Angebots trotz schwieriger Rahmenbedingungen, so wurde u.a. erstmals eine Brixentaler Lehrlings- und Fachkräftemesse abgehalten. Zudem seien v.a. die Druck- und Portokosten für das Brixentaler Infoblatt um 8,4 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (pro Ausgabe Mehrkosten in Höhe von € 369,--). Die Reserven des Vereins seien mit Ende November ausgeschöpft. Der TVB Brixental gewährt die entsprechende Aufstockung der Förderung.

Bgm. Berger informiert weiters, dass nach Rücksprache mit den Bürgermeistern der Nachbargemeinden, die gegenständliche Erhöhung des Werbezuschusses in diesen antragsgemäß mitgetragen wurde. Die im zuvor wiedergegebenen Abänderungsantrag der drei Parteien erhobene Forderung nach Einsicht in die Vereinsgebarung kann nur in Form einer freiwilligen Einschau erfolgen, eine Rechtspflicht dazu besteht gegenüber der Gemeinde nicht. Entsprechende Aufstellungen der Leistungen wie auch des Finanzaufwandes der Kaufmannschaft liegen der Verwaltung vor und kann diesbezüglich auch seitens der Mandatäre Einsicht genommen werden. Bgm. Berger macht daher den Vorschlag, der Erhöhung des Werbezuschusses zuzustimmen.

GR Schwaiger ergänzt, dass er bereits Einsicht in die Unterlagen der Kaufmannschaft genommen hat. Alle Posten sind darin schlüssig aufgelistet. Es gibt keine Ungereimtheiten, weshalb auch er sich für die positive Behandlung des Antrages auf Erhöhung der Werbekosten ausspricht.

Der Dringlichkeits- bzw. Abänderungsantrag auf Vertagung des gegenständlichen Tagesordnungspunktes wird vom Gemeinderat mit 3 Ja-Stimmen und 14-Gegenstimmen abgelehnt. Der Gemeinderat beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen dem Antrag auf Erhöhung des Werbekostenzuschusses der Kaufmannschaft auf € 7.500,-- p.a. stattzugeben.

6. Raumordnungsangelegenheiten:

a) Raumordnungsvertrag HÖGLER Peter und Erlassungsbeschluss Flächenwidmung:
GR Ing. Heim erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes. Seitens des Amtes wurden die maßgeblichen Informationen in der Amtsvorlage zusammengefasst. Die geforderte Bankgarantie des Widmungswerbers liegt der Gemeinde im Original vor. Zur Umsetzung der Vorgaben des örtlichen Raumordnungskonzeptes und zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages (nach dem Tiroler Raumordnungsgesetz 2016) beschließt der Gemeinderat einstimmig, den vorliegenden Raumordnungsvertrag mit Högler Peter abzuschließen.

Der vom Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol in seiner Sitzung vom 08.02.2022 zu Tagesordnungspunkt 3f) beschlossene Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Parzelle 918/1 (zum Teil → künftige Parzellen Gpn. 918/13 bis 918/18), KG 82005 Kirchberg, nach dem Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung AB Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck vom 06.02.2022, mit der Planungsnummer 409-2020-00006, ist durch vier Wochen hindurch, in der Zeit vom 09.02.2022 bis zum 09.03.2022, zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Während der Auflage- und Stellungnahmefrist sind keine Stellungnahmen eingelangt. Da nunmehr auch der am 08.02.2022 noch fehlende Raumordnungs-/ Widmungs-vertrag fertig ausgearbeitet vorliegt (samt den erforderlichen Zusatzvereinbarungen zum Ausbau der technischen Infrastruktur für die neuen Baugrundstücke, wie z. B. Straßen, Wasserleitungen, Schmutzwasserkanäle, Oberflächenwasserkanäle, Retentionsbecken, etc.), kann jetzt auch der Erlassungsbeschluss gefasst werden.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 68 Abs. 3 iVm § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 - TROG 2022, LGBl. Nr. 43, einstimmig, die mit dem ausgearbeiteten Entwurf der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung AB Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck, vom 06.02.2022, mit der Planungsnummer 409-2020-00006 umfasste Änderung des Flächenwidmungsplanes: Umwidmung Grundstück 918/1, KG 82005 Kirchberg, rund 179 m², von Wohngebiet § 38 (1) in Wohngebiet § 38 (1) mit zeitlicher Befristung § 37a (1), Festlegung Zähler: 5, sowie rund 1922 m² von Freiland

§ 41 in Wohngebiet § 38 (1) mit zeitlicher Befristung § 37a (1), Festlegung Zähler: 5, sowie rund 2110 m² von Freiland § 41 in Wohngebiet § 38 (1).

- b) Ergänzung zum Raumordnungsvertrag Lechner Monika - Aufnahme Lechner Selina:
GR Ing. Heim informiert, dass mit E-Mail vom 29.11.2022 seitens Lechner Monika vorgebracht wurde, dass aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung die beabsichtigte Errichtung des Zweifamilienhauses auf Gst. 364/8 in EZ 2092 KG 82005 Kirchberg mit der Liegenschaftsadresse Hölzlwinkl 1 d nunmehr gemeinsam mit der Nichte der Antragstellerin, Lechner Selina, durchgeführt werden soll. Es ist geplant, den Hälfte-Anteil der Liegenschaft im Schenkungswege von Lechner Monika an ihre Nichte Lechner Selina zu übertragen, welche in weiterer Folge die Erdgeschoßwohnung errichten und bewohnen wolle. Lechner Selina würde in den mit der Gemeinde Kirchberg abgeschlossenen Raumordnungs-/ Widmungsvertrag vom 30.09.2020 eintreten und alle Auflagen mitübernehmen. Bgm. Berger ergänzt, dass die wesentlichen Pflichten aus dem damaligen RO-Vertrag in der von beiden Damen zu unterzeichnenden Vertragsergänzung nochmals explizit angeführt werden, damit eine rechtliche Durchsetzung auch im Hinblick auf das KSchG gewährleistet werden kann.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, keinen Einwand gegen die geplante Übertragung des Hälfte-Eigentums an Gst. 364/8 in EZ 2092 KG 82005 Kirchberg mit der Liegenschaftsadresse Hölzlwinkl 1 d an Lechner Selina und die gemeinsame Errichtung des geplanten Wohnhauses durch Lechner Monika und Selina zu erheben. Darüber hinaus stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, dass Lechner Selina auf Seiten der bisherigen Widmungswerber in den Raumordnungs-/ Widmungsvertrag vom 30.09.2020, abgeschlossen zwischen der Gemeinde Kirchberg i.T, Lechner Ulrich und Lechner Monika, eintritt und die damit verbundenen Rechtspflichten übernimmt.

- c) Kitz Home Wohnbau GmbH und Hechenberger Andreas, Bebauungsplan für Gp.1374/3 und eine Teilfläche der Gp. 1244/1:
GR Ing. Heim erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Zu dieser Angelegenheit wurde durch Frau GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gründhammer-Ehrensberger eine Anfrage an die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht gerichtet und ist hierzu folgende Auskunft ergangen: „*Sehr geehrte Frau Gründhammer-Ehrensberger! Soweit der übermittelten Unterlage entnommen werden kann, handelt es sich beim Entwurf um zwei eigenständige Gebäude, die unterirdisch über die gemeinsame Tiefgarage miteinander verbunden sind. Der überdeckte Verbindungsgang hat keinerlei statische Funktion und ändert nichts an diesem Umstand. Das Projekt ist daher im Freiland unzulässig und widerspricht den von ihnen zitierten Bestimmungen des § 42b TROG 2022. Die Bestimmung wurde seinerzeit extra wegen eines vergleichbaren Falles in Kirchberg geändert, und damit klargestellt, dass derartige Vorhaben dem Gesetz widersprechen. Die Erlassung von Bebauungsplänen im Freiland wurde unter anderem deshalb ermöglicht, um Umgehungen der Freilandbestimmungen zu verhindern, Die Erlassung des geplanten Bebauungsplanes entspricht in keiner Weise*

dieser Intention und ist daher unzulässig. Mit freundlichen Grüßen. Für die Landesregierung: Peter Hollmann.“

Bürgermeister Berger informiert ergänzend, „dass die Frage aufgekommen ist, ob der Bebauungsplan rechtens ist bzw. ob es sich beim geplanten Bauvorhaben um einen oder zwei Baukörper handelt. Mit der übermittelten Planskizze (überdachter Verbindungsgang) hat der zuständige Jurist des Landes klarerweise gesagt, dass es sich um zwei eigenständige Baukörper handelt und nicht um einen Baukörper. Durch unseren Raumplaner DI Lotz und unseren Hochbausachverständigen DI Gasteiger wurde auch schon eine Verbesserung an die Bauwerberin und den Planer aufgetragen und wurde das auch entsprechend mit Herrn Dr. DI Christian Rehbichler (als GF des Bauträgers, der Kitz Home Wohnbau GmbH) und dem Planungsbüro DI Herbert Günther (als Planer) kommuniziert. Nun hat auch Herr Dr. Hollmann diese Sichtweise bestätigt (dass es sich beim derzeit vorliegenden Entwurf um zwei eigenständige Baukörper handelt). Bis dato liegt noch kein korrigierter neuer Entwurf vor.“

In weiterer Folge bringt Bürgermeister Berger auch noch die Stellungnahme des Büros DI Lotz (zusammengefasst) zur Kenntnis, „damit der Gemeinderat dann auch weiß, dass alles rechtens sein wird: In Kenntnis der Sachlage haben wir im Bebauungsplan, welcher heute zur Beschlussfassung vorliegt, bereits prophylaktisch eine eingeschobene Verbindung eingetragen, damit ist der Bebauungsplan beschlussfähig.“

„Alles Weitere“, so der Bürgermeister, „ist Sache des Bausachverständigen und wird von mir auch entsprechend zu überwachen sein, dass das so gemacht wird.“

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2022 - TROG 2022, LGBl. Nr. 43, mit 14 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen (SZK & FPÖ, NEOS, MFG), den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der Grundparzellen Gp. 1374/3 (zur Gänze) und Gp. 1244/1 (zum Teil), KG 82005 Kirchberg, Wötzing 3 (Planbezeichnung bplKBG2222 Kitz Home, vom 28.11.2022) durch vier Wochen hindurch, in der Zeit vom 14.12.2022 bis zum 11.01.2023, zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Gleichzeitig wird gemäß § 64 Abs. 4 TROG 2022 der Beschluss über die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes gefasst. Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

d) Hechenberger Andreas, Änderung Flächenwidmung für Teilflächen der Gpn. 1241/1 und 1241/3:

GR Ing. Heim erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 68 Abs. 3 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 - TROG 2022, LGBl. Nr. 43, idgF, einstimmig, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten

Entwurf vom 13.12.2022, mit der Planungsnummer 409-2022-00012, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol, im Bereich der Parzellen Gpn. 1241/1 und 1241/3 (beide zum Teil), KG 82005 Kirchberg, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol vor: Umwidmung Grundstück 1241/1, KG 82005 Kirchberg, rund 2854 m², von Freiland § 41, in Sonderfläche Hofstelle mit Erhöhung der zul. Wohnnutzfläche § 44 (2) oder sonstiger Sonderbestimmung, insb. gem. § 44 (11) [iVm. § 43 (7) standortgebunden], Festlegung Zähler: 7, Festlegung Erläuterung: Hofstelle mit einer maximal zulässigen Wohnnutzfläche von 350 m², weiters Grundstück 1241/3, KG 82005 Kirchberg, rund 5 m², von Freiland § 41, in Sonderfläche Hofstelle mit Erhöhung der zul. Wohnnutzfläche § 44 (2) oder sonstiger Sonderbestimmung, insb. gem. § 44 (11) [iVm. § 43 (7) standortgebunden], Festlegung Zähler: 7, Festlegung Erläuterung: Hofstelle mit einer maximal zulässigen Wohnnutzfläche von 350 m². Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2022 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst. Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

e) Ing. Hörbiger Simon und Aschaber Anna, Änderung Flächenwidmung für eine Teilfläche der GP. 4006/1:

Es wird informiert, dass für den gegenständlichen Bereich bei der Gemeinderats-sitzung am 13.04.2021 eine Flächenwidmungsplanänderung von „Freiland“ in Sonderfläche „Almstall mit Hirtenunterkunft mit einer max. Wohnfläche von 65 m²“ gemäß § 47 TROG 2021 beschlossen wurde. Auf Basis dieser Widmung wurde im Juni 2021 die baubehördliche Genehmigung zur Errichtung eines Almstalles mit 60,55 m² Wohnnutzfläche erteilt. Laut Angaben des Widmungswerbers war es aufgrund der Geländeformation bzw. des vorgefundenen felsenartigen Untergrundes notwendig, das Almgebäude geringfügig abzurücken (es kam zu einer Drehung und Verschiebung des neuen Almstalles, aber zu keiner Vergrößerung der Außenmaße). Damit einhergehend ragt aber ein Teil des neuen Almstalles über die Widmungsfläche hinaus und muss daher eine geringfügige Lagekorrektur der Widmungsfläche vorgenommen werden. Zusätzlich verändert hat sich auch noch das Ausmaß der Wohnnutzfläche der Hirtenunterkunft, nämlich von 60,55 m² auf jetzt 67,37 m². Damit ist es auch noch erforderlich den Widmungswortlaut anzupassen, dh die maximal zulässige Wohnnutzfläche der Hirtenunterkunft muss von derzeit 65 m², auf 68 m² angehoben werden. Laut Erläuterungsbericht des örtlichen Raumplaners DI Lotz vom 07.12.2022 liegt insgesamt kein geänderter Sachverhalt hinsichtlich der benötigten Wohnnutzfläche vor und soll daher auch keine Erhöhung der laut bisherigem Widmungswortlaut möglichen Fläche von maximal 65 m² vorgenommen werden. Diese Vorgangsweise erfolgte auch nach telefonischer Rücksprache mit dem zuständigen Sachbearbeiter der Abteilung Agrarwirtschaft des Amtes der Tiroler Landesregierung. Seitens des Antragstellers Ing. Hörbiger besteht aber der Wunsch, dass zusätzlich zur Anpassung der Lage der Widmungsfläche auch noch eine geringfügige Erhöhung der Wohnnutzfläche möglich ist (plus 3 m²).

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol, einstimmig, der örtliche Raumplaner möge eine Berichtigung der Verordnungsunterlagen dergestalt vornehmen, dass die maximal mögliche Wohnnutzfläche der Hirtenunterkunft von derzeit 65 m² auf künftig 68 m² angepasst wird (zwingende Voraussetzung dafür muss aber eine positive Stellungnahme der Abtlg. Agrarwirtschaft sein). Eine Beschlussfassung zur gegenständlichen Umwidmungsangelegenheit sollte dann bei der Jänner-Gemeinderatssitzung 2023 möglich sein.

f) Mitterer Josef Ernst Karl Adam, Haller Maria Magdalena und Haller Ewald, Änderung Flächenwidmung für Gp. 317/2 und Teilflächen der Gpn. 189 und 317/7:

GR Ing. Heim erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 68 Abs. 3 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 - TROG 2022, LGBl. Nr. 43, idgF, einstimmig, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf vom 10.12.2022, mit der Planungsnummer 409-2022-00014, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol, im Bereich der Parzellen Gpn. 189 und 317/7 (beide zum Teil) sowie 317/2 (zur Gänze), KG 82005 Kirchberg, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol vor: Umwidmung Grundstück 189, KG 82005 Kirchberg, rund 2 m² von Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude mit 2 Betreiberwohnungen im untergeordneten Ausmaß (TF Gst. 317/2, KG Kirchberg), in Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Parkplatz, weiters Grundstück 317/2, KG 82005 Kirchberg, rund 3 m², von Freiland § 41, in Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Gesundheits- und Sporteinrichtungen und damit in Zusammenhang stehende ergänzende Einrichtungen, sowie rund 2124 m², von Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude mit 2 Betreiberwohnungen im untergeordneten Ausmaß (TF Gst. 317/2, KG Kirchberg), in Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Gesundheits- und Sporteinrichtungen und damit in Zusammenhang stehende ergänzende Einrichtungen, weiters Grundstück 317/7, KG 82005 Kirchberg, rund 6 m², von Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude mit 2 Betreiberwohnungen im untergeordneten Ausmaß (TF Gst. 317/2, KG Kirchberg) in Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Parkplatz. Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2022 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst. Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

7. Anfragebeantwortung – Anfrage des Mandatars der NEOS an den Gemeindevorstand vom 16.11.2022:

In der Gemeinderatssitzung vom 16.11.2022 wurde seitens des Mandatars der NEOS eine schriftliche Anfrage nach § 42 TGO eingebracht. Diese beinhaltet 4 thematisch unterschiedliche Einzelfragen, welche wie folgt beantwortet wurden:

1.) Anfrage zu § 66 der TGO an alle Mitglieder des Gemeindevorstands:

An welchem Tag und Ort ist die wenigstens einmal jährlich verpflichtende öffentliche GEMEINDEVERSAMMLUNG für die Gemeindebewohner geplant und welche Berichte sowie Vorhaben werden präsentiert und diskutiert? Zeit und Ort der Gemeindeversammlung sind laut TGO mindestens zwei Wochen vorher nach § 60 Abs. 1 kundzumachen.

- Die Gemeindeversammlung wird voraussichtlich im Februar 2023 in der arena365 stattfinden. Die Themen werden rechtzeitig bekanntgegeben.

2.) Anfrage an alle Mitglieder des Gemeindevorstands:

Welcher Förderbetrag ist für die bisherigen Planungskosten von über € 20.000.– für Dienstleistungen der Architektin Frau DI Faix sowie des Verkehrsgutachters Herr Ing. Hirschhuber für das Projekt Begegnungszone seit 2020 eingegangen? In der 4. GR-Sitzung am 13.07.2022 wurde das Projekt Begegnungszone durch Architektin DI Faix vorgestellt mit dem Argument „Die Planung wird vom Land Tirol bis zu 50% gefördert und das laut Bgm. Berger bereits eine allgemeine Förderzusage vorliegt.“ (GR Protokoll auf Seite 6)

- Bgm. Berger informiert, dass am 07.09.2021 eine Fördersumme in Höhe von € 8.718,15 unter dem Titel „Zuschuss Planung Begegnungszone“ einging, am 13.12.2021 folgte ein Betrag von € 1.520,-- unter dem Titel „Zuschuss Unfallanalyse“. Es wurde sohin eine Fördersumme von € 10.238,15 empfangen.

3.) Anfrage an alle Mitglieder des Gemeindevorstands:

Vorgestern 14.11. präsentierte der Bund „1 Milliarde für Österreichs Gemeinden“ für Investitionen in erneuerbare Energie zB. Wasserkraftwerke, Photovoltaikanlagen oder umweltfreundliche Heizsysteme im kommunalen Bereich in den kommenden beiden Jahre 2023 und 2024. Wer ist verantwortlich diese Bundesfördermillionen zur Umsetzung der Kirchberger Energieautonomie ehestmöglich zu beantragen und dem Gemeinderat betreffend Status Quo laufend zu berichten?

- In den nächsten beiden Jahren stehen für die österreichischen Gemeinden und Städte erneut eine Milliarde Euro zur Verfügung. 500 Millionen Euro stehen für breit gefasste Investitionen zur Verfügung, wie beispielsweise für Investitionen in Straßensanierungen sowie Ausbau von Schulen und Kindergärten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt mit 500 Millionen Euro bei Investitionen in Energieeffizienz sowie im Umstieg auf erneuerbarer Energie. Auch umweltfreundliche Heizsysteme im kommunalen Bereich können gefördert werden. Darüber hinaus können die Gemeinden in andere infrastrukturelle Maßnahmen investieren. Die Kriterien für kommunale Investitionen wurden breit gefasst und ermöglichen einen vielseitigen Einsatz der Fördermittel, sind aber derzeit noch

nicht konkretisiert. Laut bisherigem Wissensstand kann die Gemeinde Kirchberg in Tirol mit einem Fördervolumen von ca. € 500.000,-- rechnen. Für die Antragstellung sind der Bürgermeister und Amtsleiter in Zusammenarbeit mit der Buchhaltung verantwortlich.

4.) Anfrage an alle Mitglieder des Gemeindevorstands:

Wann wird das finale Gutachten von Expertin Frau Dipl.-Ing. Susanna Arazli betreffend „Plausibilitätsprüfung Sanierungskosten Tiefgarage Pölmühle“ allen Gemeinderatsparteien zur Begutachtung digital übermittelt?

- Wie bereits in der Sitzung des Gemeinderates vom 16.11.2022 durch Bgm. Berger mündlich ausgeführt, besteht in gegenständlicher Angelegenheit noch Abstimmungsbedarf mit der Bauaufsicht bzw. dem Baumeister. Nach Klärung der offenen Fragen erfolgt eine schriftliche Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, welche dem Gemeinderat sodann als digitale Amtsvorlage zur Verfügung gestellt wird.

8. Berichte uns Anträge aus den Ausschüssen:

a) Ausschuss für Bildung, Kultur und Kirche:

GR Lindner berichtet, dass die Umbauarbeiten in der Schule noch laufen. Ihr wurde mitgeteilt, dass in jenem Bereich im Keller, in welchem die Kinder Mittagessen, bei den WC-Anlagen eine Küche installiert wird. Sie wurde über diese baulichen Maßnahmen nicht informiert und bittet um entsprechende Aufklärung. Bgm. Berger erläutert, dass die Direktorin über das - die Schule - betreffende Budget 2023 informiert wurde. Darin enthalten sind die Arbeiten betreffend den Lift, Böden, Bibliothek. AL Mag. Nagiller informiert, dass seitens der Schule die Absicht besteht, den von GR Lindner angesprochenen Bereich zu sanieren und zu attraktiveren. Dies ist derzeit jedoch nicht planungsgegenständlich. Offiziell beauftragte Arbeiten wie der Umbau des Werkraums und die Bibliothek sind koordiniert. Offenbar sind jedoch ohne Absprache mit dem Bgm. oder dem Amtsleiter eigenständig Maßnahmen gesetzt worden. AL Mag. Nagiller wird dies aufklären und die Obfrau des Ausschusses darüber informieren.

b) Blaulichtzentrum:

Bgm. Berger berichtet über den derzeitigen Stand bei der Planung des Blaulichtzentrums.

Der Vorschlag von GR Ing. Schipflinger, eine Möglichkeit zur nachträglichen Errichtung einer Hackschnitzelheizung vorzusehen, wird berücksichtigt. Über die Parkplatzsituation wurde gesprochen. Kleinere Änderungswünsche betreffend Keller und Technik wurden eingebracht, jedoch wieder verworfen. Die ausstehenden Gespräche mit den Vertretern der ÖBB wird DI Schafferer persönlich führen.

c) Situation Flüchtlinge:

Bgm. Berger informiert, dass mit Stand vom 12.12.2022 117 Personen beim Traublingerhof und in Privatunterkünften untergebracht sind. Das ehemalige Hotel Tiroler Adler wird für die Ankunft der ukrainischen Waisenkinder vorbereitet. Dank der

Unterstützung von Vereinen wurden bereits Betten angeliefert und aufgebaut. Die Koordination in Abstimmung mit dem Land Tirol und der Gemeinde hat der Samariterbund übernommen. Ein konkreter Ankunftszeitraum ist bislang nicht bekannt.

d) Bekanntgabe Informationen:

Bgm. Berger hält dazu an, Informationen, welche Ausschussmitgliedern im Zuge Ihrer Tätigkeit bekannt werden, nicht zu populistischen Zwecken zu missbrauchen. Als konkretes Beispiel nennt er die beabsichtigte Errichtung von zwei kostenpflichtigen E-Ladestellen im Bereich der arena365 und die gleichzeitige Entfernung der kostenfreien E-Ladestelle im Bereich des Behindertenparkplatzes vor der arena365.

e) Weihnachtsfeier:

Bgm. Berger nützt die Gelegenheit und lädt die anwesenden Gemeinderatsmandatäre noch einmal zur diesjährigen Weihnachtsfeier am 16.12.2022 im Hotel Kirchberger Hof ein.

f) Finanzierungsplan Gemeinde:

GR Haller ruft in Erinnerung, dass der Gemeinderat auf Antrag der Fraktion NEU am 12.04.2022 dem Gemeindevorstand den Auftrag erteilt hat, aufgrund der Informationen der Ausschüsse im 4. Quartal dem Gemeinderat einen Investitions- und Finanzierungsplan für die kommenden drei Jahre vorzulegen. Da dieser Beschluss nicht umsetzbar war, beantragt GR Haller die Aufhebung desselbigen. Bgm. Berger informiert, dass seitens der Buchhaltung ein mittelfristiger Finanzierungsplan den Unterlagen für den nachstehenden Tagesordnungspunkt beigefügt wurde. Eine Möglichkeit wäre die Präsentation jener großen Projekte bei der Gemeindeversammlung im Februar, deren Umsetzung in den nächsten drei Jahren gewünscht wird. Mit diesem Vorschlag wäre GR Haller einverstanden. GV Schweiger ergänzt, dass eine Aufhebung des Beschlusses nicht erstrebenswert wäre. Auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres konnte dieser Weg nicht weiterverfolgt werden. Bei Stabilisierung der Lage sollte man sich jedoch darum bemühen, die beschlossenen Schritte zur Erstellung eines Investitions- und Finanzierungsplans für die kommenden drei Jahre zu erarbeiten. Da dem Beschluss inhaltlich nicht nachgekommen wurde, stellt GR Haller den Antrag, den Beschluss vom 12.04.2022 aufzuheben. GR Dr. Gründhammer-Ehrensberger macht den Vorschlag eines Abänderungsantrages, hinsichtlich der Erstreckung der Frist für die Erstellung eines Investitionsplanes für die kommenden drei Jahre bis Februar 2023. Vzbgm. Ing. Pichler teilt die Meinung von GV Schweiger. Eine längerfristige Planung ist zwingend erforderlich. Eine Diskussion wann eine solche zu erstellen ist oder welche Inhalte diese aufzuweisen hat, sollte jedoch nicht Gegenstand der Gemeinderatssitzung sein.

Bgm. Berger nimmt den Antrag von GR Haller zur Kenntnis und ändert diesen insofern, dass nicht über die Aufhebung des Beschlusses vom 12.04.2022 abgestimmt wird, sondern über eine Erstreckung der Frist für die Erstellung eines Investitionsplanes für die kommenden drei Jahre bis Februar 2023. Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-

Stimmen und 2 Gegenstimmen die Aussetzung der Frist für die Erstellung eines Investitionsplanes für die kommenden drei Jahre bis Februar 2023. Die Präsentation einer entsprechenden Vorlage soll bei der Gemeindeversammlung im Februar erfolgen.

9. Beschluss des Haushaltsvoranschlags 2023 samt allfälliger Gebühren- und Abgabenerhöhungen sowie der Wertgrenze, ab welcher Abweichungen bei Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsabschluss 2022 einer gesonderten Erläuterung bedürfen:

Bgm. Berger berichtet, dass auch zu gegenständlichem Tagesordnungspunkt ein Antrag der NEOS, MFG und FPÖ eingelangt ist. Der Antrag lautet: *„Antrag zur Geschäftsordnung nach § 41 der Tiroler Gemeindeordnung. Betreff: Vertagung des 9. Tagesordnungspunktes der 9. Gemeinderatssitzung „Beschluss des Haushaltsvoranschlags 2023“. Begründung: Da die Auflagefrist sowie die Übermittlung des mittelfristigen Finanzplans mit Vorschau auf die dem Finanzjahr 2023 folgenden 4 Kalenderjahre als verpflichtender Bestandteil des Voranschlags für Kirchberger Gemeinderäte nicht ordnungsgemäß laut Tiroler Gemeindeordnung erfüllt wurde. Der Gemeinderat möge beschließen: Abstimmung zur Vertagung des Verhandlungspunktes. Folglich Übermittlung des mittelfristigen Finanzplans laut TGO siehe Beispiel...“*

Auch wenn der Antrag formal als „Antrag zur Geschäftsordnung“ titulierte ist, so handelt es sich de facto eigentlich um einen Antrag zu einem Verhandlungsgegenstand der Tagesordnung. Dies einerseits, weil eine Geschäftsordnung des Gemeinderates nach § 47 TGO nicht vorliegt, andererseits deshalb, weil die Angelegenheit auch inhaltlich nicht die Sitzungsführung bzw. die Geschäftsbehandlung im Gemeinderat – also dessen Zusammenwirken als Kollegialorgan – betrifft. Nur darauf kann aber ein Antrag zur Geschäftsordnung gerichtet sein. Inhaltlich ist anzuführen, dass die Auflagefrist des Haushaltsvoranschlags gem. § 93 Abs. 1 TGO eingehalten wurde und daher diesbezüglich keine Fehlerhaftigkeit des Voranschlags vorliegt. Der mittelfristige Finanzplan wurde mittlerweile übermittelt. Es besteht daher aus amtlicher Sicht keine Notwendigkeit, den Beschluss des Voranschlags zu vertagen.

Der Gemeinderat lehnt mit 3 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen den gegenständlichen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 9 ab.

Bgm. Berger beginnt mit den Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 9. *„Beschluss des Haushaltsvoranschlags 2023 samt allfälliger Gebühren- und Abgabenerhöhungen sowie der Wertgrenze, ab welcher Abweichungen bei Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsabschluss 2022 einer gesonderten Erläuterung bedürfen“* und trägt die Zusammenfassung des Amtsleiters wie folgt vor:

Die Erstellung des Haushalts basiert auf mehreren rechtlichen Grundlagen, nämlich vor allem auf dem 5. Abschnitt (§§ 88 bis 113) der Tiroler Gemeindeordnung (TGO), dem Tiroler Landesabgabengesetz sowie einer Verordnung des Bundesministers für Finanzen, der sogenannten „Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung

2015 – VRV 2015“. Darüber hinaus spielen in Teilbereichen andere Normen hinein. Ein Gutteil der Ausgaben und Einnahmen kann seitens der Gemeinde selbst nicht beeinflusst werden.

Einnahmenseitig betrifft dies die sogenannten Abgabenertragsanteile basierend auf F-VG und FAG, während die bereits ausschließlichen Gemeindeabgaben und Benützungsgebühren in verschiedenem Rahmen durch die Gemeinde beeinflusst werden können. Jene Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Körperschaftssteuer etc.), die nach dem F-VG und dem FAG den Gemeinden zustehen, werden vom Bund nicht direkt an die Gemeinden überwiesen, sondern an die Länder zur weiteren Abrechnung und Weiterleitung transferiert. Von diesem grundsätzlich den jeweiligen Gemeinden des Bundeslandes zustehenden Anteil behalten die Länder 12,8 % für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände ein. Die Abwicklung und Zuteilung dieser Fördermittel erfolgt in Tirol durch Beschluss der Landesregierung über den Gemeindeausgleichsfonds (GAF). Die restlichen 87,2 % werden nach Abzug der Landesumlage auf die Tiroler Gemeinden aufgeteilt.

Die Abgabenertragsanteile gliedern sich wie folgt:

- Ertragsanteile an der Spielbankabgabe
- Ertragsanteile nach der abgestuften Bevölkerungszahl
- Vorausanteile für Gemeinden über 10.000 Einwohner gem. § 12 Abs. 6 und 7 FAG
- Zuwendungsbetrag je Nächtigung für Gemeinden bis 10.000 Einwohner gem. § 12 Abs. 8 FAG 2017
- Aufstockung für Gemeinden mit AEA-Entwicklung unter Mindestniveau gem. § 12 Abs. 9 FAG 2017

In der operativen Gebarung sind Einnahmen von € 15 Mio. vorgesehen. Das sind ca. € 1,13 Mio. mehr als im VA 2022 festgesetzt. Diese Mehreinnahmen resultieren v.a. aus erwarteten Zuwächsen bei den Abgabenertragsanteilen im Umfang von ca. € 835.000,-- und bei den Transferzahlungen von Bund und Land im Umfang von ca. € 423.000,-- während bei anderen Einnahmequellen lediglich ein moderater Zuwachs bzw. Stagnation angenommen wird. Bezüglich der Einnahmen aus der Veräußerung von GWG und sonstigen Einzahlungen wird sogar ein massiver Rückgang von € 848.300,-- auf € 481.800,-- angenommen. Dem gegenüber stehen Ausgaben von gesamt ca. € 12,22 Mio., das sind ca. € 1,25 Mio. mehr als im VA 2022 veranschlagt. Hier fallen v.a. erhöhte Personalkosten (+ ca. € 378.000,--) und erhöhte Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ ca. € 357.000,--) ins Gewicht. In der operativen Gebarung ist demnach ein positiver Saldo von ca. € 2,79 Mio. vorgesehen.

In der investiven Gebarung sind Einnahmen von ca. € 736.000,-- vorgesehen, was nahezu eine Verdoppelung gegenüber dem im VA 2022 präliminierten Wert darstellt. Dieser Zuwachs resultiert aus erwarteten höheren Transferzahlungen von Bund und Land. Dem gegenüber stehen Ausgaben von ca. € 4,09 Mio., dies ist gegenüber dem

VA 2022 ein Zuwachs von € 830.000,--. Hier wird einerseits ein erheblicher Zuwachs bei den Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken bzw. Grundstückseinrichtungen (+ ca. € 1,47 Mio. im Vergleich zum VA 2022) wirksam, der aber durch verringerte Transferzahlungen an Bund, Länder und Verbände (- ca. € 637.000,--) etwas ausgeglichen wird. In der Investiven Gebarung ergibt sich somit ein negativer Saldo von ca. € -3,36 Mio. Der Saldo aus operativer und investiver Gebarung ergibt einen negativen Saldo von ca. € - 569.000,--.

Für den Breitbandausbau (LWL) als priorisiertes Zukunftsprojekt werden € 1,4 Mio. aufgewendet, wobei eine Drittmittelaufnahme in Höhe von 1 Mio. Euro vorgesehen ist. Bezüglich der Finanzierungstätigkeit steht diese Neuaufnahme in Höhe von € 1 Mio. Euro, Tilgungen in Höhe von ca. € 1,26 Mio. gegenüber. Es sinkt also der Schuldenstand um ca. € 258.000,--. Der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung weist daher einen negativen Saldo von ca. € - 827.100,-- aus, dies stellt gegenüber dem VA 2022 eine Verbesserung im Ausmaß von ca. € 567.000,-- dar.

Größere Investitionen 2023

Abteilung:

Voranschlag:

Feuerwehr Kirchberg

Errichtung Blaulichtzentrum	€ 200.000,00
1 Mehrzweckfahrzeug (Restzahlung)	€ 20.000,00
10-Jahresservice DLK+Nachrüstung KLF	€ 56.000,00
ATS+Funk, Einsatzunterstützung u. Vorhänge OG	€ 13.700,00
Summe	€ 289.700,00

Feuerwehr Aschau

Einsatzhosen schwer f. ATS-Träger+1 Handfunkgerät	€ 10.600,00
Summe	€ 10.600,00

Volksschule Kirchberg

Schulsanierung	€ 250.000,00
Betriebsausstattung	€ 7.000,00
IT-Ausstattung, Hard-u.Software	€ 10.500,00
Summe	€ 267.500,00

Mittelschule

Betriebsausstattung	€ 9.900,00
IT-Ausstattung, Hard- und Software	€ 20.000,00
Summe	€ 29.900,00

Sport, einmalige Subventionen

Subvention Schiclub	€ 17.500,00
Subvention Sportclub	€ 10.000,00
Summe	€ 27.500,00

Ortsbildpflege		
Gestaltung Kreisverkehr	€	20.000,00
Summe	€	20.000,00
Familieninfrastruktur		
Sanierung Spielplätze	€	30.000,00
Summe	€	30.000,00
Landesstraßen		
Kostenbeitrag Gehsteigsanierung Spertentalstraße L 203	€	73.000,00
Summe	€	73.000,00
Straße, Bauhof		
Asphaltierung/ Ausbau Gde. Straßen, Gehsteig, Radweg	€	380.000,00
Radweg Gewerbegebiet-Brixen	€	20.000,00
Brückenbau bzw. Sanierung	€	430.000,00
Ankauf div. Werkzeuge	€	6.000,00
Summe	€	836.000,00
Bundesflüsse		
Beitrag Achenverbauung (Aschauer Ache)	€	55.000,00
Summe	€	55.000,00
Schutzwasserbau		
Beitrag Wildbachverbauung (Kienzinggraben)	€	60.000,00
Summe	€	60.000,00
Landwirtschaftliche Wege		
Beitrag an Straßeninteressentschaften	€	40.000,00
Summe	€	40.000,00
Förderung Fremdenverkehr		
Subvention Schatzerlift GmbH	€	17.000,00
Summe	€	17.000,00
Straßenreinigung		
1 Schneepflug	€	22.000,00
Summe	€	22.000,00
Straßenbeleuchtung		
Umstellung auf LED	€	15.000,00
Summe	€	15.000,00
Friedhof		
Sanierung Friedhofsmauer Aschau	€	30.000,00
Summe	€	30.000,00

Bauhoferweiterung (Restzahlungen)	€	20.000,00
Summe	€	20.000,00

Wasserversorgung

Trinkwasserkraftwerk + Neuverlegung WL-Linthal-Krämer	€	550.000,00
Sanierung Leitnergrabenquellen, WL Bockern, etc.	€	105.000,00
Summe	€	655.000,00

Abwasserbeseitigung

Sanierung Kanal Almweg+Reithergasse	€	65.000,00
Summe	€	65.000,00

Badesee:

Sanierung Schwimmbecken	€	140.000,00
Summe	€	140.000,00

Forst

Erschließung (Kaser-Flecklam-Wälder)	€	45.000,00
Summe	€	45.000,00

Gesamtsumme: € **2.748.200,00**

Breitbandausbau (LWL) € **1.400.000,00**

GR LA Hagsteiner erkundigt sich nach dem Posten „Sport, einmalige Subventionen“. Ein Ansuchen des Tennisvereins liegt vor und eine Kostenbeteiligung wurde bereits zugesichert. Außerdem baut der Trachtenverein den Vereinsraum, hierfür wurde ebenfalls eine Kostenbeteiligung zugesagt. Darüber hinaus feiert der Trachtenverein 2023 sein 100-jähriges Vereinsjubiläum, wofür ebenfalls Ausgaben vorgesehen werden sollten. Vzbgm. Ing. Pichler ergänzt, dass nach Vorliegen einer konkreten Kostenaufstellung sowie möglicher Fördersummen des ASVÖ über eine weitere Kostenbeteiligung mit dem Tennisverein beraten wird. Für das konkrete Projekt liegt derzeit ein Angebot vor, jedoch kein entsprechendes Ansuchen. VB Thaler ergänzt, dass ohnehin € 5.000,-- für den Tennisclub im Haushaltsvoranschlag 2023 vorgesehen wurden.

Vom Trachtenverband liegt Vzbgm. Ing. Pichler weder ein schriftliches noch mündliches Ansuchen vor. Weder für eine Investition noch für das anstehende Jubiläum. GR LA Hagsteiner ergänzt, dass dem Trachtenverein für den Umbau des Vereinshauses eine finanzielle Unterstützung durch den Ausschuss der vergangenen Periode zugesagt wurde. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufnahme von zusätzlichen € 5.000,-- für den Trachtenverein in den Haushaltsvoranschlag 2023. GR Ing. Heim appelliert, die Vereine dahingehend zu lenken, dass diese künftig ordentliche Kostenplanungen erstellen. Die Vereine haben diesbezüglich eine gewisse Bringschuld gegenüber der Gemeinde.

Nach einer längeren Diskussion zur „Projektierung Almweg“, angeregt von GR Ing. Schipflinger, macht AL Mag. Nagiller folgenden Vorschlag:

- Herausnahme des Straßen- und Kanalbauprojekts aus dem Voranschlag 2023
- Überprüfung der Statik/Sanierungsbedürftigkeit der Brücke durch einen zweiten Gutachter
- Für den Fall der Feststellung der Sanierungsbedürftigkeit: Ausführung der erforderlichen Arbeiten in der unbedingt notwendigen Minimalvariante
- Einbringung des Differenzbetrages zwischen bisher projektiertem Brückenbauprojekt und tatsächlicher Umsetzung (im Fall, dass die Sanierung nötig ist) bzw. des gesamten veranschlagten Betrages (falls die Sanierung nicht nötig ist) in eine Immobilien-Rücklage
- Aufnahme von Gesprächen mit der Firma Insendo bezüglich der weiteren Vorgehensweise/ Kostenbeteiligung

Der Gemeinderat stimmt der von AL Mag. Nagiller vorgeschlagenen Vorgehensweise einstimmig zu.

Hinsichtlich der Errichtung eines Überwasserkraftwerks nahe dem Badensee deckt die veranschlagte Summe die gesamten Projektkosten ab. Die Beschlussfassung erfolgt im Gemeinderat. Vorgestellt wird das Projekt hierzu von Ing. Freudenschuß.

Auf Nachfrage von GR Lindner teilt AL Mag. Nagiller mit, dass er mit den Kindergartenleiterinnen Hauser-Freund Nicole und Kahn Hildegard über die für die Kindergärten vorgesehenen Posten gesprochen hat. Beide haben ihre Zustimmung zu den veranschlagten Investitionen gegeben. Hinsichtlich der von GR Lindner angesprochenen Lärmschutzplatten für den Kindergarten in der Brixentaler Straße liegt zwar kein Antrag vor, wird jedoch eine Bedarfserhebung durchgeführt.

Auf Nachfrage von GR Ing. Schipflinger, wieso die veranschlagte Summe für die Instandhaltung Ortsnetz (Betriebe der Abwasserbeseitigung) von € 30.000,-- im Jahr 2022, auf € 80.000,-- steigt, erklärt AL Mag. Nagiller, dass 2023 mit abschnittswisen Kamerainspektionen des Kanalnetzes begonnen wird. Dieser Posten ist vorgesehen für die Behebung etwaiger Mängel und wird in den kommenden Jahren steigen. Konkreten Vorfall gibt es keinen.

Sollten Rücklagen gebildet werden können, muss eine entsprechende Anlageform gewählt werden. GR Ing. Heim bittet den Überprüfungsausschuss sich frühzeitig mit den Möglichkeiten auseinanderzusetzen.

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen den Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2023 inklusive aller Bestandteile und Anlagen, gemäß § 5 VRV 2015, in der letztgültigen Fassung vom 13.12.2022. Eine Stimmenthaltung entspricht gemäß § 45 TGO 2001, LGBI. Nr. 36/2001, zuletzt geändert durch LGBN. 62/2022, einer Ablehnung.

AL Mag. Nagiller macht aufgrund der Größe der Gemeinde wie auch des Budgetvolumens und des administrativen Aufwandes den Vorschlag, die Wertgrenze, ab welcher Abweichungen bei Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsabschluss 2023 einer gesonderten Erläuterung bedürfen, mit € 50.000,-- festzulegen. Der amtlicherseits vorgelegte Beschlussantrag wird teilweise kritisch gesehen, sodass Bgm. Berger die Festsetzung mit € 30.000,- beantragt. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Wertgrenze, ab welcher Einnahmen- und Ausgabenüberschreitungen im Rechnungsabschluss 2023 einer gesonderten Erläuterung bedürfen, mit einem Betrag von € 30.000,--.

Anpassungen Gemeindeabgaben – Steuern, Gebühren, Beiträge:

Bgm. Berger informiert, dass bei der Festlegung der Tarife versucht wurde, die Bürger, in ohnedies schweren Zeiten, nicht über eine Gebühr zu belasten, sondern Abgaben – sofern sie erhöht werden sollen – im Rahmen der indexierten Teuerung mit im Mittel 8 % anzupassen.

Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 14.12.2022 machte GR Ing. Schipflinger den Vorschlag, die Wasserbenützungsgebühr zu erhöhen und gleichzeitig die Kanalbenützungsgebühr zwar zu indexieren, jedoch dann zu reduzieren. Durch diese Änderung komme man in den Genuss der Bundesförderung für Erweiterungen von Wasserversorgungsanlagen. Voraussetzung für diese Förderung in Höhe von 21 % ist eine Wasserbenützungsgebühr von mehr als 1 € / m³. GR Ing. Schipflinger freut es, dass seinem Vorschlag nach einem Jahr Bedenkzeit nachgekommen wird.

Die Höhe der Hundesteuer bleibt unverändert und wurde in der Verordnung unter Tagesordnungspunkt 3 bereits beschlossen. Die Höhe der Abfallgebühren bleibt unverändert und wurde bereits in der Verordnung unter Tagesordnungspunkt 4 in der GR-Sitzung vom 16.11.2022 beschlossen. Die Erhöhung der Kurzparkzonenabgabe sowie der Tarife für die Tiefgaragen Pölmühle und Sozialzentrum wurde bereits in der Verordnung unter Tagesordnungspunkt 4 beschlossen. Die Höhe der Kindergartenbeiträge und der schulischen Nachmittagsbetreuung samt Essensbeiträgen ergibt sich aus der unter Tagesordnungspunkt 2 beschlossenen Verordnung.

Folgende Tarife werden 2023 nicht erhöht:

- Hundesteuer
- Abfallgebühren
- Kindergartenbeiträge, mit Ausnahme des Essensbeitrages
- Nachmittagsbetreuung: Der Höchstarif bleibt unverändert, die übrigen Tarife werden in 6er-Schritten vereinheitlicht

Der Gemeinderat beschließt einstimmig und mit Wirksamkeit ab 01.01.2023 bis auf weiters folgende Gebührenänderungen:

Abgaben:	Betrag:	Einheit:
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 32,00	Einzelgrab
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 32,00	Urnengrab

Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 64,00	Doppelgrab
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 96,00	Dreiergrab
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 83,00	Grabgebühr f. Auswärtige ohne HWS
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 215,00	Graberrichtung
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 107,00	Aufbahrungshalle
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 255,00	Bereitstellung Urnennische 1. Urne
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 128,00	Bereitstellung Urnennische 2. Urne
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 54,00	Erdbestattung Urne
Grab- u. Friedhofsgebühren	€ 90,00	Urnenumbettung
Wasseranschlussgebühr	€ 0,95 (inkl. 10 % USt.)	pro m ³ nach TVAG 2011
Wasserbenützungsg Gebühr	€ 1,06 (inkl. 10 % USt.)	pro m ³ Wasserverbrauch
Zählermieten	€ 18,00/ € 41,00 (inkl. 10 % USt.)	Kleinzähler/ Großzähler pro Jahr
Bauwassergebühr	€ 30,00 (inkl. 10 % USt.)	pro angefangene 100 m ³ Baumasse pro m ³ nach TVAG 2011
Kanalanschlussgebühr	€ 6,20 (inkl. 10 % USt.)	pro m ³ nach TVAG 2011
Kanalbenützungsg Gebühr	€ 2,36 (inkl. 10 % USt.)	pro m ³ Wasserverbrauch
Marktgebühren	€ 11,00 (inkl. 10 % USt.)	pro Laufmeter
Vergnügungssteuer	€ 55,00	für Spielautomaten pro Automaten/Monat
	€ 550,00	für Glücksspielautomaten pro Automaten/Monat
	€ 165,00	für Wettterminals pro Apparat/Monat
Badegebühren	€ 5,00 (inkl. 13 % USt.)	Stand-Up Paddle ½ Stunde
Badegebühren	€ 6,00 (inkl. 13 % USt.)	Boot ½ Stunde
Badegebühren	€ 2,00 (inkl. 13 % USt.)	Tischtennis ½ Stunde
Badegebühren	€ 4,50 (inkl. 13 % USt.)	Kinder (6 bis 15 Jahre)
Badegebühren	€ 6,00 (inkl. 13 % USt.)	Jugendliche (16 bis 18 Jahren)
Badegebühren	€ 6,50 (inkl. 13 % USt.)	Erwachsene
Badegebühren	€ 3,00 (inkl. 13 % USt.)	Abendkarte ab 16.00 Uhr
Badegebühren	€ 29,00 (inkl. 13 % USt.)	Saisonkarte Kinder u. Jugendliche
Badegebühren	€ 75,00 (inkl. 13 % USt.)	Saisonkarte Erwachsene
Badegebühren	€ 130,00 (inkl. 13 % USt.)	Saisonkarte Familie
Badegebühren	€ 70,00 (inkl. 13 % USt.)	Saisonkarte Kabine

Badegebühren	€ 7,00 (inkl. 13 % USt.)	Leihgeb. Liegestuhl ganztägig
Badegebühren	€ 5,00 (inkl. 13 % USt.)	Leihgeb. Sonnenschirm ganztägig

10. Personalangelegenheiten:

a) Senkung der Dienstgeberbeiträge für die Jahre 2023 und 2024:

Mit Informationsschreiben des Amtes der Tiroler Landesregierung, Abt. Gemeinden, vom 07.12.2022, Gem-RL-9/189-2022, wurde darüber informiert, dass mit dem Teuerungs-Entlastungspaket Teil II des Bundes durch BGBl. I Nr. 163/2022 u.a. das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 dahingehend geändert wurde, dass ab dem Jahr 2025 der Dienstgeberbeitrag 3,7 % der Beitragsgrundlage beträgt. 2023 und 2024 beträgt der Beitrag (nur) dann 3,7 %, wenn dies in den jeweiligen Dienst-/ Besoldungsordnungen bzw. Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen festgelegt wird. Dies erfordert eine Änderung der Dienstordnung der Gemeinde. Die Lohnnebenkostensenkung kann dabei für 2023 und 2024 per Anordnung in § 41 Abs. 5a FLAG 1967 in einer überbetrieblichen lohngestaltenden Maßnahme berücksichtigt werden (zum Beispiel im Kollektivvertrag). Beinhaltet die überbetriebliche lohngestaltende Maßnahme keinen Bezug auf die Lohnnebenkostensenkung, so kann der Arbeitgeber die Lohnnebenkostensenkung auch innerbetrieblich für alle Arbeitnehmer (bzw. Arbeitnehmergruppen) einseitig festlegen (Z 7). Eine derartige Festlegung kann formlos erfolgen und bei der Entrichtung des Beitrags vorgenommen werden. Da die Dienstrechtsgesetze im Bereich des Landes und des Gemeindedienstrechts keinen Bezug auf die Lohnnebenkosten aufweisen, wird den Gemeinden empfohlen einen Beschluss zu fassen, in dem in Anwendung des § 41 Abs. 5a Z 7 FLAG der Dienstgeberbeitrag für 2023 und 2024 auf 3,7 % gesenkt wird.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss: Der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol legt hinsichtlich der Besoldung aller Bediensteten (m/w/d) der Gemeinde fest, dass in Anwendung des § 41 Abs. 5a Z 7 FLAG der Dienstgeberbeitrag für die Kalenderjahre 2023 und 2024 auf 3,7 v.H. gesenkt wird.

b) Fortsetzungsbeschluss Sitzungsgelder für Ausschussmitglieder:

Ordentlichen Mitgliedern gemeinderätlicher Ausschüsse wurde bereits in der vergangenen Gemeinderatsperiode ein Sitzungsgeld in Höhe von € 40,- pro wahrgenommene Sitzung zuerkannt. Diese Praxis soll in der laufenden Periode fortgesetzt werden. Nachdem sich im Anschluss an die Gemeinderatswahl vom 27.02.2022 der Gemeinderat neu konstituiert hat, steht der einschlägige Beschluss zur Neufassung an. Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Den ordentlichen Mitgliedern gemeinderätlicher Ausschüsse iSd § 24 Abs. 1,2 und 4 Tiroler Gemeindeordnung 2001 (TGO), StF: LGBl. Nr. 36/2001 idF LGBl. Nr. 62/2022, iVm § 83 Abs. 1 und 2 Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 - TGWO 1994, StF: LGBl. Nr. 88/1994 idF LGBl. Nr. 167/2021, wird pro wahrgenommene Ausschusssitzung – rückwirkend mit 28.02.2022 – ein Sitzungsgeld in Höhe von jeweils € 40,- zuerkannt. Der Gemeinderat beschließt einstimmig mit Tagesordnungspunkt 11 fortzufahren.

Anschließend folgt die Fortführung des Tagesordnungspunktes 10. Personalangelegenheiten unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die entsprechenden Wortmeldungen sind in einer gesonderten Niederschrift festgehalten.

11. Anträge, Anfragen und Allfälliges:

a) Dringlichkeitsantrag Kirchberger Zeitung:

Bgm. Berger teilt mit, dass die Parteien NEOS, MFG und FPÖ einen weiteren Dringlichkeitsantrag wie folgt eingebracht haben:

„Dringlichkeitsantrag nach § 41 der Tiroler Gemeindeordnung. Betreff: Möglichkeit für alle Gemeinderatsparteien in der Kirchberger Zeitung wichtige Themen und Projekte von Gemeindepolitischer Bedeutung ab der Ausgabe Feber/März 2023 mittels 1/2 Seite Text, GR-Foto inkl. Logo den Gemeindebürgern in jeder kommenden Ausgabe der Kirchberger Zeitung näher auszuführen. Begründung: Bisher erscheint lediglich Text des Bürgermeisters als „Gemeinde- u. Bürgerinfo“. Dies ermöglicht den Gemeindebürgern mehr Transparenz und Bürgerservice zur Arbeit der Kirchberger Gemeinderäte und aller Gemeinderatsparteien. Der Gemeinderat möge beschließen: Abstimmung bezüglich Veröffentlichung 1/2 Seite Text, GR-Foto inkl. Logo der Gemeinderatsparteien in jeder kommenden Ausgabe der Kirchberger Zeitung. (Beispiel zur Umsetzung: Stadtzeitung „INNSBRUCK INFORMIERT“ mit der Rubrik „Die Fraktionen im Gemeinderat“ in jeder Ausgabe>> www.ibkinfo.at/heftarchiv“

Amtsseitig wird angeführt, dass die Ermöglichung von Fraktionsbeiträgen nach dem Beispiel anderer Gemeinden grundsätzlich denkbar erscheint, allerdings muss gewährleistet sein, dass diffamierende und persönliche Angriffe sowie tatsachenwidrige oder auch rechtlich bedenkliche Inhalte nicht veröffentlicht werden. Es ist daher im Falle einer Zustimmung zum gegenständlichen Antrag eine amtsseitige Redaktion der Beiträge erforderlich, um einen Missbrauch dieser Plattform zulasten des demonstrativen Diskurses hinten zu stellen. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Dringlichkeit des Antrages abzulehnen und delegiert die inhaltliche Entscheidung an den Gemeindevorstand.

b) Dringlichkeitsantrag Vereinsförderung:

Bgm. Berger teilt mit, dass die Parteien NEOS, MFG und FPÖ einen weiteren Dringlichkeitsantrag wie folgt eingebracht haben:

„Dringlichkeitsantrag nach § 41 der Tiroler Gemeindeordnung. Betreff: Einheitliche Neugestaltung der Kirchberger Vereinsförderung. Begründung: Die Gemeinde Kirchberg sieht sich mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert und erfordert aufgrund der starken Verschuldung, hoher Inflation, steigender Kreditzinsen sowie der kostenintensiven Energiekrise notwendige Sparmaßnahmen. Wir ersuchen die wertgeschätzten Kirchberger Vereine, diese Bemühungen der Gemeinde um einen ausgeglichenen Haushalt mitzutragen, um wichtige Investitionen in die Zukunft aller Kirchbergerinnen und Kirchberger weiterhin finanzieren zu können. Der Gemeinderat möge beschließen: Einheitliche Neugestaltung der Vereinsförderung – jährlicher Basisbetrag 845 Euro – Förderungen über diesen Betrag hinaus nach den Grundsätzen der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit mit jährlich einzureichendem

Förderansuchen vor Beginn der Umsetzung (Beschreibung des Vorhabens, Kostenvoranschlag, Finanzierung, Landes- und Bundesförderungen) sowie Auszahlung der Förderung nach Nachweis der zweckgemäßen Verwendung der Fördergelder durch Vorlage Originalrechnung samt Zahlungsbestätigung sowie Einsicht in die Vereinskassa durch einen unabhängigen Prüfer oder Steuerberater.“

Amtsseitig wird angeführt, dass eine „einheitliche Neugestaltung“ insofern nicht zielführend erscheint, weil Vereine aus verschiedenen Bereichen, unterschiedliche Voraussetzungen haben und der Finanzierungsbedarf - aufgrund verschiedenster Umstände, die teils aus dem Vereinszweck und teils aus externen Rahmenbedingungen resultieren - vollkommen unterschiedlich ist. Für viele Vereine wäre der angeführte „Basisbetrag“ von € 845,- darüber hinaus eine Erhöhung der bisherigen Subvention, sodass das Gegenteil des Antragsansinnens (Einsparung für den Gemeindehaushalt) erzielt werden würde. AL Mag. Nagiller empfiehlt die bisherige Praxis der Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen beizubehalten.

Der Gemeinderat erkennt einstimmig die Dringlichkeit des Antrages an. Weiters lehnt der Gemeinderat mit 2 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen den vorliegenden Antrag inhaltlich ab.

c) Dringlichkeitsantrag Siedlungswasserwirtschaft:

Bgm. Berger teilt mit, dass die Parteien NEOS, MFG und FPÖ einen weiteren Dringlichkeitsantrag wie folgt eingebracht haben:

„Dringlichkeitsantrag nach § 41 der Tiroler Gemeindeordnung. Betreff: Anpassung der Mindestgebühren im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf die seitens Land Tirol vorgegebenen Mindestgebühren für Förderansuchen im Bereich Siedlungswasserwirtschaft. Begründung: Die Dringlichkeit begründet sich dadurch, dass eine Anpassung der Mindestgebühren im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bis zum Ende des Jahres 2022 beschlossen werden muss, um Fördergelder im Jahr 2023 lukrieren zu können. Der Kirchberger Investitionsplan 2023 sieht für Wasserversorgung eine Position von 655.000 Euro vor. Auch GR A. Schipflinger hat in der Budgetvorbesprechung darauf hingewiesen, dass der Gemeinde Kirchberg durch das Unterschreiten der seitens Land Tirol vorgegebenen Mindestgebühren im Bereich der Wasserversorgung Förderungen entgehen. Laut Website Bundesministerium Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft wird der Basisfördersatz mit 10% der förderungsfähigen Kosten festgelegt. Laut Aktualisierung der Fördersätze *** für das Jahr 2023 beträgt die Bundesförderung sogar 19%. (Linkliste Seite 2) Angesichts eines Basisfördersatzes von 10 bis 19% der förderungsfähigen Kosten seitens des Bundes und angesichts der hohen anstehenden Investitionskosten für Wasserversorgung in Kirchberg von 655.000 Euro ist es kaum zu verantworten, auf Mittel von mehreren Zehntausend Euro für die Gemeinde und zur Entlastung der Kirchberger Steuerzahler zu verzichten.“*

Bgm. Berger erklärt, dass dieser Antrag bereits unter Punkt 9 inhaltlich behandelt und damit obsolet wurde.

Der Gemeinderat beschließt daraufhin einstimmig, die Sitzung nach Tagesordnungspunkt 11 unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortzuführen und mit Tagesordnungspunkt „10. Personalangelegenheiten“ fortzufahren. Die diesbezüglichen Wortmeldungen sind in einer gesonderten Niederschrift festgehalten.

Schriftführerin:

Geschlossen und gefertigt:

Tarifordnung für die Kinderbildungs- und -betreuungs-Einrichtungen

Gemäß §§ 39 und 40 des Gesetzes vom 30. Juni 2010 über die Kinderbetreuung in Tirol (Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz), StF: LGBl. Nr. 48/2010, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 64/2022, wurde vom Gemeinderat der Gemeinde KIRCHBERG i.T. in seiner Sitzung vom 13.12.2022 folgende Verordnung beschlossen:

§ 1

Allgemeine Parameter der Elternbeiträge für Kindergärten

- (1) Eltern oder Erziehungsberechtigte haben einen monatlichen Kostenbeitrag (Elternbeitrag) für ihr Kind für den Besuch der gemeindeeigenen Kindergärten zu leisten.
- (2) Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die entgeltfreien Kindergartenjahre gemäß § 40 Abs. 1 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz im Ausmaß der Besuchspflicht gemäß § 26 Abs. 2 leg.cit. (Vormittagsbetreuung).
- (3) Mit dem Elternbeitrag sind alle Leistungen der Kindergärten abgedeckt, ausgenommen eine allenfalls verabreichte Verpflegung sowie angemessene Material-/Werk- oder Veranstaltungsbeiträge.
- (4) Der Elternbeitrag wird für 10 geöffnete Monate berechnet und versteht sich inklusive Umsatzsteuer. Es wird hierbei für den Monat September die volle Gebühr verrechnet, als Ausgleich entfällt eine Gebührenschrift für den Monat Juli.
- (5) Der Elternbeitrag wird entweder mittels Bankeinzug 10 Mal pro Jahr eingehoben oder ist er nach Vorschrift einzubezahlen.
- (6) Ist ein Kind zumindest 14 Tage pro Monat durchgehend wegen Erkrankung am Besuch des Kindergartens verhindert, so wird der Elternbeitrag für diesen Monat zur Hälfte ermäßigt, sofern eine entsprechende ärztliche Bestätigung vorgelegt wird.
- (7) Auf Antrag kann der Elternbeitrag aus besonders berücksichtigungswürdigen sozialen Umständen durch gesonderten Beschluss des Gemeinderats ermäßigt oder zur Gänze nachgesehen werden. Dabei ist auf die Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse der Eltern Bedacht zu nehmen.

§ 2

Höhe der Elternbeiträge für Kindergärten

- (1) Die Elternbeiträge für Kinder im 4. Lebensjahr (3 Jahre alt; Stichtag 01.09.) betragen
 - a) für den Halbtagskindergarten (07.00 Uhr bis 13.00 Uhr)

für das 1. beitragspflichtige Kind	für Geschwisterkinder
€ 63,00	€ 55,00
 - b) für den Ganztagskindergarten (bis maximal 17.30 Uhr)

für das 1. beitragspflichtige Kind	für Geschwisterkinder
€ 98,00	€ 90,00
- (2) Der Elternbeitrag für Kinder im 5. und 6. Lebensjahr (4 und 5 Jahre alt; Stichtag 01.09.) für den Nachmittagskindergarten (13.00 Uhr bis max. 17.30 Uhr): € 35,00
- (3) Für die Inanspruchnahme der Nachmittagsbetreuung im Einzelfall ist pro in Anspruch genommenem Nachmittag ein Betrag von € 5,00 zu entrichten.

§ 3

Allgemeine Parameter der Elternbeiträge für die schulische Nachmittagsbetreuung

- (1) Eltern oder Erziehungsberechtigte haben einen monatlichen Kostenbeitrag (Elternbeitrag) für ihr Kind für den Besuch der schulischen Nachmittagsbetreuung zu leisten.
- (2) Mit dem Elternbeitrag sind alle Leistungen der Kindergärten abgedeckt, ausgenommen eine allenfalls verabreichte Verpflegung sowie angemessene Material-/Werk- oder Veranstaltungsbeiträge.
- (3) Der Elternbeitrag wird für 10 geöffnete Monate berechnet und versteht sich inklusive Umsatzsteuer. Es wird hierbei für den Monat September die volle Gebühr verrechnet, als Ausgleich entfällt eine Gebührenschrift für den Monat Juli.
- (4) Der Elternbeitrag wird entweder mittels Bankeinzug 10 Mal pro Jahr eingehoben oder ist er nach Vorschrift einzubezahlen.
- (5) Ist ein Kind zumindest 14 Tage pro Monat durchgehend wegen Erkrankung am Besuch der Nachmittagsbetreuung verhindert, so wird der Elternbeitrag für diesen Monat zur Hälfte ermäßigt, sofern eine entsprechende ärztliche Bestätigung vorgelegt wird.

§ 4

Höhe der Elternbeiträge für die schulische Nachmittagsbetreuung

Der Elternbeitrag für die schulische Nachmittagsbetreuung beträgt für

5 Nachmittage	€ 35,00
4 Nachmittage	€ 29,00
3 Nachmittage	€ 23,00
2 Nachmittage	€ 17,00
1 Nachmittag	€ 11,00

§ 5

Sommerbetreuung

- (1) Die Sommerbetreuung findet in der Zeit der Sommerschulferien über einen Zeitraum von 8 Wochen täglich Montag bis Freitag jeweils von 07.00 bis 13.00 Uhr (Kindergartenkinder) bzw. 07.00 bis 14.00 Uhr (Schulkinder) statt.
- (2) Die Sommerbetreuung stellt ein Angebot dar, das sich an berufstätige Eltern/Erziehungsberechtigte richtet. Die Aufnahme eines Kindes in die Sommerbetreuung erfolgt nach Anmeldung.
- (3) Das Betreuungsentgelt beträgt € 15,00 inklusive Umsatzsteuer pro Woche. Dieses ist im Vorhinein zu entrichten.

§ 6

Mittagstisch

- (1) Für ganztägige Betreuungsformen ist die Teilnahme am Mittagstisch verpflichtend. Ansonsten ist eine Teilnahme am Mittagstisch bei allen Formen der Kinderbetreuung nach Voranmeldung bis zum Vortag, 12.00 Uhr möglich.

- (2) Die Abmeldung vom Mittagstisch ist bis 08.00 Uhr des jeweiligen Tages möglich. In diesem Fall fällt kein Kostenbeitrag an. Bei einer späteren Abmeldung ist der Kostenbeitrag in voller Höhe zu entrichten.
- (3) Der Kostenbeitrag für den Mittagstisch wird einheitlich für alle Betreuungsformen vorgeschrieben. Er beträgt pro bezogener Mahlzeit € 4,20 inkl. Umsatzsteuer.

§ 7

Materialbeiträge (Werkbeiträge) und Veranstaltungsbeiträge

- (1) Für Werkarbeiten werden in den Kindergärten Materialbeiträge (Werkbeiträge) in der Höhe von 30 Euro pro Arbeitsjahr einmal jährlich mittels Barzahlung eingehoben. In anderen Betreuungsformen können solche Beiträge anlassbezogen in angemessener Höhe eingehoben werden.
- (2) Für den Besuch von Veranstaltungen werden angemessene Veranstaltungsbeiträge frühestens 14 Tage vor der geplanten Veranstaltung eingehoben, wenn das Kind zum Besuch der Veranstaltung angemeldet ist.

§ 8

Wertsicherung

Die Elternbeiträge nach § 2 bzw. § 4, das Betreuungsentgelt nach § 5 Abs. 2, der Kostenbeitrag nach § 6 und die Materialbeiträge nach § 7 Abs. 1 sind nach dem Verbraucherpreisindex 2020 (VPI 2020), Basismonat September 2022, wertgesichert. Die Indexanpassung erfolgt jeweils zu Beginn des neuen Betreuungsjahres, erstmals zu Beginn des Betreuungsjahres 2023/2024.

§ 9

Übergangsbestimmung

- (1) Für das Kindergartenjahr 2022/2023 sind die Elternbeiträge wie bisher bis zum 5. jeden Monats im Vorhinein zu entrichten. Ab dem Kindergartenjahr 2023/2024 sind die Beiträge bis zum 5. des übernächsten Monats einzubezahlen.
- (2) Die geänderten Tarifsätze der schulischen Nachmittagsbetreuung nach § 4 (für 1 bis 4 Betreuungstage) werden ab dem Schuljahr 2023/2024 eingehoben.
- (3) § 1 Abs. 4 tritt mit Beginn des Kindergartenjahres 2023/2024 in Kraft

§ 10

Inkrafttreten

Diese Tarifordnung tritt mit 01.01.2023 in Kraft.

Für den Gemeinderat
Der Bürgermeister

Helmut Berger

angeschlagen am: 15.12.2022

abgenommen am: 30.12.2022

Hundesteuerordnung für die Gemeinde Kirchberg in Tirol

Auf Grund des § 17 Abs. 3 Z. 2 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/2022, sowie des § 1 Abs. 1 des Tiroler Hundesteuergesetzes, LGBl. Nr. 03/1980, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 26/2017, wird für die Gemeinde KIRCHBERG i.T. durch Beschluss des Gemeinderats vom 13.12.2022 nachstehende Steuerordnung erlassen:

§ 1 Abgabengegenstand

- (1) Wer in der Gemeinde Kirchberg einen über drei Monate alten Hund länger als zwei Monate hält, hat eine jährliche Hundesteuer nach Maßgabe dieser Steuerordnung zu entrichten. Der Nachweis, dass ein Hund das steuerpflichtige Alter noch nicht erreicht hat, obliegt dem Halter des Hundes. Im Zweifel gilt der Hund als steuerpflichtig.
- (2) Als Halter eines Hundes gilt unbeschadet der Bestimmung des § 3 Abs. 2 Tiroler Hundesteuergesetz, LBGl. Nr. 3/1980, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 26/2017, derjenige, der zur Anmeldung des Hundes nach § 7 Abs. 1 verpflichtet ist.
- (3) Die Steuer ist auch zu entrichten, wenn ein Hund in Pflege oder auf Probe gehalten wird.
- (4) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund, so haften sie als Gesamtschuldner für die Steuer.

§ 2 Steuervorschreibung

Die Steuer wird für das Rechnungsjahr mit Jahresbescheid im zweiten Quartal vorgeschrieben. Wird ein Hund vor Ablauf des Rechnungsjahres, für das die Steuer bereits entrichtet wurde, abgemeldet und der Nachweis erbracht, dass der Hund nicht mehr gehalten wird, so erfolgt dennoch keine Rückvergütung der bereits entrichteten Steuer.

§ 3 Festsetzung der Höhe der Steuer und ermäßigte Steuersätze

- (1) Die Höhe der Steuer wird in Form eines jährlichen Steuersatzes je Hund festgesetzt.
- (2) Für die in § 2 Tiroler Hundesteuergesetz, LBGl. Nr. 3/1980, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 26/2017, angeführten Hunde, das sind Wachhunde und Hunde, die in Ausübung eines Berufes oder Erwerbes (Hofhunde etc.) gehalten werden, wird der Steuersatz mit einem gegenüber dem nach Abs. 1 festgesetzten jährlichen Steuersteuersatz ermäßigten Steuersatz festgesetzt. Als land- und forstwirtschaftliche Betriebe gelten Betriebe im Sinne des § 2 Abs. 2 Tiroler Grundverkehrsgesetz, LGBl. Nr. 61/1996, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 204/2021.
- (3) Steuersätze:

für den 1. Hund (Normalsatz)	€ 75,- p.a.
für jeden weiteren Hund	€ 160,- p.a.
Ermäßigter Satz gemäß Abs. 2	€ 7,- p.a. für Wachhunde, ansonsten € 35,-

§ 4 Steuerbefreiung

Für folgende Hunde ist keine Hundesteuer zu entrichten:

- a) Hunde des Polizeidienstes und Diensthunde von Organen der öffentlichen Aufsicht;
- b) Diensthunde von Forstorganen in der für die Durchführung des Forstschutzes erforderlichen Anzahl, sowie Diensthunde derjenigen im Privatforstdienst angestellten Personen, die gerichtlich beeidigt sind oder deren Anstellung von der zuständigen Behörde bestätigt ist, ebenfalls in der für die Durchführung des Forstschutzes erforderlichen Anzahl;
- c) Diensthunde der Berufsjäger und Jagdaufseher, die zur Ausübung dieser Tätigkeit gehalten werden. Der Nachweis der erfolgreich abgelegten Berufsjägerprüfung bzw. eine Bestätigung der Bestellung zum Jagdaufseher durch die Bezirksverwaltungsbehörde ist über Verlangen vorzulegen;
- d) Sanitäts- und Lawinensuchhunde im Dienst des Österreichischen Roten Kreuzes oder des Bergrettungsdienstes;
- e) Assistenz- und Therapiehunde im Sinne des § 39a Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/2018;

§ 5

Gewährung von Steuerermäßigungen

- (1) Steuerermäßigungen und -befreiungen sind schriftlich zu beantragen. Ein solcher Antrag ist vom Halter binnen zwei Wochen nach Eintritt des Ermäßigungs- oder Befreiungstatbestandes zu stellen.
- (2) Die Steuerermäßigung bzw. -befreiung von der Hundesteuer nach §§ 3 und 4 ist nur hinsichtlich jener Hunde zu gewähren, die für den angegebenen Verwendungszweck aufgrund ihrer Ausbildung, ihrer Rasse und ihres Alters hinlänglich geeignet sind. Außerdem darf der Halter des Hundes nicht wegen eines Vergehens nach dem Bundesgesetz über den Schutz der Tiere (Tierschutzgesetz - TSchG), StF. BGBl. I. Nr. 118/2004, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/2022, rechtskräftig bestraft worden sein. Für Wachhunde, die in der Regel außerhalb des Wohngebäudes gehalten werden, ist die Ermäßigung nur zu gewähren.
- (3) Steuerermäßigungen bzw. -befreiungen werden ab dem Zeitpunkt gewährt, in dem die jeweiligen Voraussetzungen nach §§ 3 oder 4 vorliegen, insbesondere ab dem Zeitpunkt ab dem die jeweilige Ausbildung des Hundes abgeschlossen ist, frühestens jedoch ab dem Zeitpunkt der Antragstellung.
- (4) Die Steuerermäßigung bzw. -befreiung erlischt, wenn
 - 1. der Hund nicht mehr oder nicht mehr ausschließlich zu dem Zweck gehalten wird, für den die Ermäßigung bewilligt worden ist,
 - 2. der Besitz an dem Hund auf eine andere Person übergeht oder
 - 3. die Unterbringung und Haltung des Hundes den Anforderungen des Tierschutzgesetzes nach dem Bundesgesetz über den Schutz der Tiere (Tierschutzgesetz - TSchG), StF. BGBl. I. Nr. 118/2004, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/2022, widerspricht.
- (5) Liegen die Voraussetzungen für die Steuerermäßigung oder -befreiung nicht mehr vor, so ist dies binnen zwei Wochen der Gemeinde anzuzeigen.

§ 6

Anrechnung und Betreibung der Steuer

Wer einen bereits in einer Gemeinde Österreichs oder in einem Mitgliedsland der Europäischen Union versteuerten Hund erwirbt oder mit einem solchen Hund zuzieht oder wer an Stelle eines abgegebenen versteuerten Hundes einen neuen Hund erwirbt, kann gegen Vorlage des Zahlungsnachweises die Anrechnung der für das laufende Rechnungsjahr anteilig bereits entrichteten Steuer verlangen. Die Anrechnung erfolgt maximal bis zur Höhe der für den gleichen Zeitraum in Kirchberg zu entrichtenden Steuer.

§ 7 Rückständige Steuern

- (1) Rückständige Steuern werden im Wege der Zwangsvollstreckung eingetrieben.
- (2) Hunde, für welche die Steuer nicht restlos eingetrieben werden kann und deren Abschaffung nicht binnen einer dem Hundehalter gesetzten Frist erfolgt, kann die Gemeinde einziehen und versteigern. Ein Überschuss des Versteigerungserlöses über die Steuerschuld und die Unkosten des Verfahrens steht dem Eigentümer des Hundes drei Monate lang zur Verfügung und verfällt nach Ablauf dieser Frist der Gemeindekasse; bleibt die Versteigerung erfolglos, so kann die Gemeinde über den Hund nach freiem Ermessen verfügen.

§ 8 Sicherung und Überwachung der Steuer

- (1) Jeder im Gemeindegebiet der Gemeinde Kirchberg gehaltene Hund ist binnen 14 Tagen ab Beginn der Haltung im Gemeindeamt unter Angabe des Vorbesitzers und der Chipnummer des Hundes anzumelden. Zur Anmeldung des Hundes ist verpflichtet, wer, im Gemeindegebiet mit Hauptwohnsitz wohnhaft, einen Hund erwirbt oder mit einem Hund neu zuzieht. Welpen gelten mit Ablauf des dritten Monats nach dem Wurf als erworben. Zugelaufene Hunde gelten als erworben, wenn sie nicht binnen einer Woche dem Eigentümer oder einer Tierschutzeinrichtung übergeben werden. Im Zweifel ist der Verfügungsberechtigte über die Räumlichkeiten, in denen der Hund gehalten wird, zur Anmeldung verpflichtet.
- (2) Jeder Hund, welcher abhandengekommen, zu Tode gekommen, abgegeben worden ist oder aus einem anderen Grund nicht mehr in Kirchberg gehalten wird, muss innerhalb von 14 Tagen nach dessen Abgang abgemeldet werden. Wird ein Hund abgegeben, sind bei der Abmeldung Name und Adresse des Erwerbers anzugeben.
- (3) Wird ein Hund vorübergehend länger als 2 Monate nachweislich nicht im Gemeindegebiet von Kirchberg gehalten, kann auf Antrag die anteilige Steuer vergütet werden. Der Nachweis, dass der Hund länger als 2 Monate nicht im Gemeindegebiet gehalten wird, ist vom Steuerpflichtigen zu erbringen.
- (4) Werden Hunde etwa von Tierheimen, sonstigen Institutionen oder Privatpersonen zur Weitervermittlung über einen Zeitraum von weniger als 2 Monaten gehalten, sind entsprechend Aufzeichnungen zu führen oder andere Unterlagen (z.B. Pflegeverträge) vorzulegen, aus denen die Dauer und der Ort des Aufenthalts des Hundes nachvollzogen werden können. Im Zweifel gelten alle Hunde als steuerpflichtig.
- (5) Hunde, die auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten ohne Aufsicht angetroffen werden, können durch Gemeindeorgane eingefangen werden. Die Halter eingefangener Hunde sind, sofern ihre Namen und ihre Wohnung festgestellt werden können, vom Einfangen des Hundes in Kenntnis zu setzen. Meldet sich der Halter des Hundes auf öffentliche Bekanntmachung nicht innerhalb eines in der Bekanntmachung festgesetzten Zeitraumes oder unterlässt er es, den Hund durch Zahlung der jeweiligen Fanggebühr und einer Unkostenvergütung für jeden Tag der Verpflegung des Hundes durch die Gemeinde und der etwa rückständigen Hundesteuerbeträge auszulösen, so ist nach § 6 Abs. 2 zu verfahren.

§ 9 Auskunfts- und Mitwirkungspflicht

- (1) Grundeigentümer sind verpflichtet, der Gemeinde über die auf ihrem Grundstück gehaltenen Hunde und deren Halter wahrheitsgemäß Auskunft zu geben. Die gleiche Verpflichtung trifft die Verfügungsberechtigten über die Räumlichkeiten, in denen ein Hund gehalten wird.
- (2) Bei Durchführung von Hundebestandsaufnahmen sind Grundstückseigentümer oder Verfügungsberechtigte über die Räumlichkeiten, in denen ein Hund gehalten wird, zur wahrheitsgemäßen Ausfüllung der ihnen von der Gemeinde übersandten Nachweisungen innerhalb der vorgeschriebenen Frist verpflichtet. Durch die Eintragung in die Nachweisungen wird die Verpflichtung zur An- und Abmeldung der Hunde (§ 7) nicht berührt.

§ 10 Hundemarke

- (1) Jeder im Gemeindegebiet von Kirchberg gehaltene Hund ist mit einer beim Gemeindeamt zu beziehenden Hundemarke zu versehen.
- (2) Der Kostenersatz für die Hundemarke wird mit € 3,- festgesetzt.

§ 11 Geschlechtsspezifische Bezeichnung

Personenbezogene Begriffe in dieser Verordnung haben keine geschlechtsspezifische Bedeutung. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Steuerordnung tritt mit 01.01.2023 in Kraft. Soweit Hunde bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung gehalten wurden, sind die bisher in Geltung gestandenen Rechtsvorschriften für diese Zeiträume weiterhin anzuwenden.

Für den Gemeinderat
Der Bürgermeister

Helmut Berger

angeschlagen am: 15.12.2022
abgenommen am: 30.12.2022

Verordnung der Gemeinde Kirchberg über die Erhebung einer Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen sowie die Tarife der örtlichen Straßenpolizei

Auf Grund § 2 Abs. 1, § 5 Abs. 2 und 3 und §§ 6 und 9 Abs. 1 Tiroler Parkabgabegesetz 2006, LGBl. Nr. 9/2006, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 59/2020 sowie § 17 Abs. 3 Z. 5 FAG 2017, BGBl. I Nr. 116/2016, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 133/2022, wird mit Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Kirchberg vom 13.12.2022 verordnet:

§ 1

Abgabegegenstand

- (1) Die Gemeinde Kirchberg erhebt eine Abgabe für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen (Parkabgabe) in den in Anlage I bezeichneten Kurzparkzonen (§ 25 StVO 1960, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/2022), während der dort jeweils verordneten Kurzparkzeiten.
- (2) Als Parken im Sinn des Abs. 1 gilt das Stehenlassen eines Fahrzeugs, das nicht durch die Verkehrslage oder durch sonstige wichtige Umstände erzwungen ist, für mehr als zehn Minuten oder über die Dauer der Durchführung einer Ladetätigkeit hinaus.

§ 2

Abgabeschuldner

Zur Entrichtung der Abgabe ist der Lenker des Fahrzeuges verpflichtet.

§ 3

Höhe der Abgabe

Die Abgabe beträgt in den Kurzparkzonen (Anlage I) für jede begonnene halbe Stunde der Parkdauer jeweils € 0,70.

§ 4

Art der Abgabentrachtung

- (1) Die Abgabe ist bei Beginn des Parkens wie folgt zu entrichten:
 - a) durch Zahlung eines der beabsichtigten Parkdauer entsprechenden Geldbetrags bei einem Parkscheinautomaten
 - b) mittels elektronischer Kurzparknachweise (§ 9 Kurzparkzonen-Überwachungsverordnung, BGBl. Nr. 857/1994 in der Fassung BGBl. II Nr. 145/2008).

- (2) Der bei der Abgabeentrichtung ausgedruckte Parkschein hat neben dem Logo der Gemeinde Kirchberg das Datum (Jahr, Monat, Tag) der Abgabeentrichtung, den entrichteten Betrag sowie das Ende der Parkzeit zu enthalten, für welche die Abgabe entrichtet wurde. Er ist bei Kraftfahrzeugen mit einer Windschutzscheibe hinter dieser und durch diese gut lesbar, bei anderen mehrspurigen Kraftfahrzeugen an sonst geeigneter Stelle gut wahrnehmbar anzubringen.
- (3) Parkscheine (Abs. 2) sind Kontrolleinrichtungen im Sinne des § 9 Tiroler Parkabgabegesetz 2006. Sie dürfen ausschließlich von der Gemeinde Kirchberg i.T. oder in deren Auftrag hergestellt werden.

§ 5

Tarife in den Parkgaragen und sonstige Parktarife

- (1) Für die Tiefgarage Pölmühle werden folgende Benützungsentgelte festgelegt:
- 1. Stunde gratis, danach je angefangene halbe Stunde € 0,70
 - Tagesmaximum bis 31.03.2023: € 10,00
 - 12 Stunden ab 01.04.2023: € 11,00
 - 24 Stunden ab 01.04.2023: € 20,00
 - Wochenmaximum € 65,00
 - 6-Monats-Karte für Fließverkehr € 310,00
 - Jahreskarte für Fließverkehr € 520,00
 - Jahreskarte für das geschlossene Deck 5
 - schmaler Stellplatz € 1.100,00
 - Monatskarte € 120,00
 - breiter Stellplatz € 1.350,00
- (2) Für die Tiefgarage beim Sozialzentrum werden folgende Benützungsentgelte festgelegt:
- 1. Stunde gratis, danach je angefangene halbe Stunde € 0,70
 - 12 Stunden € 11,00
 - 24 Stunden € 20,00
 - Jahreskarte für Bedienstete Sozialzentrum/Sozialsprengel € 275,00
 - bzw. monatlich € 23,00
 - Jahreskarte für Bewohner Kirchplatz 8 € 335,00
 - bzw. monatlich € 28,00
 - Jahreskarte für private Personen € 450,00
- (3) Benützungsentgelt Bewohner Kirchplatz 8 Parkplatz „Kirchplatz“ € 190,00

§ 6

Nichterhebung fälliger Parkabgaben

Fällige Parkabgaben, die gemäß § 4 entrichtet hätten werden müssen, sind bis zum Betrag von € 7,- nicht bescheidmäßig vorzuschreiben und nicht zu vollstrecken.

§ 7

Tarifsätze von Organstrafverfügungen

Die Höhe der im Rahmen von Organstrafverfügungen gem. § 50 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG), BGBl. 52/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018, verfügten Geldstrafen im Zusammenhang mit Verwaltungsübertretungen/ Übertretungen von Verordnungen betreffend den ruhenden Verkehr gemäß Bundesgesetz vom 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960), StF: BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/2022, wird bestimmt wie folgt:

a) Vorschriftswidriges Kurzparken (§ 25 StVO)	€ 30,-
b) Nichtbeachten eines Halte- und Parkverbotes (§ 24 StVO)	€ 35,-
c) Vorschriftswidriges Halten und Parken (§ 23 StVO und § 43 Abs. 1 lit.b)	€ 35,-
d) Vorschriftswidrige Ladetätigkeit (§ 62 StVO)	€ 35,-
e) Vorschriftswidriges Parken auf Behindertenparkplätzen (§ 29b iVm § 43 Abs. 1 lit. d StVO)	€ 50,-
f) Abstellen von Fahrzeugen in Feuerwehrrzonen (§ 24 StVO)	€ 50,-
g) Benützung von Gehsteigen, Gehwegen und Schutzinseln mit Fahrzeugen aller Art und die Benützung von Radfahranlagen mit Fahrzeugen, die keine Fahrräder sind (§ 8 Abs. 4 StVO)	€ 35,-

§ 8 Inkrafttreten

Diese Tarifordnung tritt mit 01.01.2023 in Kraft.

Für den Gemeinderat
Der Bürgermeister

Helmut Berger
angeschlagen am: 15.12.2022
abgenommen am: 30.12.2022

ANLAGE I

Abgabepflichtige Kurzparkzonen im Sinn des § 1 Abs. 1 sind alle in den folgenden Straßen bzw. Straßenabschnitten verordneten Kurzparkzonen:

- Kurzparkzone Parkplatz-Burgstall auf Gp. 1186/1, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Bereich Lacknerhaus auf Gp. 160/6, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Lendstraße, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Dorfplatz, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Kirchplatz, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Dorfstraße (RLB), die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Hauptstraße/ Neuwirtshof, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Bereich Gemeinde, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten

ANLAGE II

Gebührenfreie Kurzparkzonen, Kurzparkdauer 90 Minuten, sind alle in den folgenden Straßen bzw. Straßenabschnitten verordneten Kurzparkzonen:

- Kurzparkzone Bahnhofstraße, die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Kitzbüheler Straße (Höhe Hanslschusterhof), die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Kurzparkzone Möselgasse (Mittelschule), die genaue Lage und Ausdehnung der Zone ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten
- Zwei Kurzparkzonen im Bereich der Arena 365, die genaue Lage und Ausdehnung der Zonen ist im Beschilderungs- und Ordnungsplan enthalten